

6. Die Krise der 60er Jahre

1. Die Supermächte und ihre Blöcke in den 60er Jahren

Dezember 1962, Rede N. Chruschtschows vor Obersten Sowjet über Ergebnisse der Kuba-Krise:

“Man kann sagen, daß die Vernunft, die Sache des Friedens und der Sicherheit der Völker gewonnen haben. Alle Seiten gingen nüchtern an das Problem heran und stellten in Rechnung, daß ein dritter Weltkrieg ausbrechen kann, wenn nicht Schritte unternommen werden, die die gefährliche Entwicklung der Ereignisse überwinden helfen ... Stellen wir uns einmal vor, was hätte sich ereignen können, hätten wir es den starrköpfigen Politikern gleichgetan und es abgelehnt, auf gegenseitige Zugeständnisse einzugehen. Das hätte eine Situation geschaffen, wie in jenem Märchen, in dem sich zwei Ziegenböcke auf einer kleinen Brücke über einem Abgrund begegnen, die Hörner gegeneinander stemmen, weil jeder sich weigert, dem anderen Platz zu machen. - Bekanntlich stürzen beide in den Abgrund. Ist es vernünftig, daß Menschen so handeln?”

Mit diesen Sätzen versuchte Chruschtschow natürlich, das Scheitern seiner Raketenpolitik auf Kuba schönzureden. Aber es kam hier auch neuer Geist zum Ausdruck, der fortan den KK bestimmen sollte. Beide Supermächte hatten aus der Kuba-Krise gelernt, daß die Politik der direkten Konfrontation lebensgefährlich war. Die direkte Bedrohung konnte in unkontrollierbare Krisen münden, die allzu leicht die Katastrophe herbeiführen würde. Die Lage war umso gefährlicher, als die Mechanismen des Krisenmanagements sich als umständlich und viel zu langsam erwiesen hatten. Angesichts des globalen Charakters des KK konnte jederzeit an verschiedenen Punkten der Erde eine neue Krise ausbrechen. Es war nicht ausgemacht, ob im Klima des gegenseitigen Mißtrauens Mißverständnisse ohne weiteres ausgeräumt und Krisen schnell entschärft werden konnten. Die milit. Potentiale aber ließen den Politikern immer weniger Zeit für Verhandlungen. Anfang der 60er Jahre waren strategische Bomber der USA in permanentem Alarm nur 2 Stunden von ihren Zielen in SU entfernt. Interkontinentalraketen hatten Flugzeiten von ca. 30 Minuten. U-Bootraketen waren noch schneller im Ziel. Die Vorwarnzeiten reduzierten sich dementsprechend auf Minuten. Andererseits dauerten die Vorbereitungszeiten für einen Atomschlag, v.a. bei sowjet. Flüssigstoffraketen, Stunden. Beide Seiten hielten deshalb jederzeit ihr Nuklearpotential in Einsatzbereitschaft. Jeder Fehler, jede Krise, jede Störung auf den Radarschirmen konnte daher eine Katastrophe auslösen, da Politiker kaum noch Reaktionszeiten besaßen. Für langwierige Verhandlungen war da kein Platz. In der Julikrise 1914 hatten Politiker und Militärs der Großmächte noch über vier Wochen Zeit für Verhandlungen. Das erschien ihnen damals viel zu kurz und wurde als Erklärung für den Ausbruch des Ersten WK

herangezogen. Jetzt ging es nur noch um eine Woche (Kuba), beim nächsten Mal vielleicht sogar um Minuten. Für die polit. Führungen war das unakzeptabel.

Beide Seiten bemühten sich deshalb nach 1962 sorgsam, direkte Konfrontationen zu vermeiden. Die Blöcke blieben unangetastet, man ließ den Gegner Dummheiten machen, ohne sich einzumischen, man bekämpfte sich propagandistisch, doch hielt man unter der Hand den Kontakt aufrecht, und man bemühte sich sogar allmählich, eine gewisse Vertrauensbasis zu schaffen. In der Tat: zu einer direkten Konfrontation ist es nie mehr gekommen.

Aber der KK war nicht vorüber. Er verlagerte sich jetzt nur auf andere Felder: das Wettrüsten und die Positionskämpfe außerhalb Europas. Daraus ergab sich das Spannungsfeld für die 60er Jahre - das heutige Thema.

Alles Schönreden der Niederlage in der Kuba-Krise half Nikita Chruschtschow auf die Dauer nichts: innerhalb der sowjet. Führung hatte er gewaltig an Ansehen verloren. Die Einen warfen ihm vor, die Existenz der SU durch seine impulsive Politik aufs Spiel gesetzt zu haben. Überhaupt hatte er sich durch sein burschikoses und emotionales Auftreten wenig Freunde gemacht. Die Anderen, v.a. Militärs, verziehen ihm sein Einknicken vor den amerik. Drohungen nicht. Überdies wurde Chruschtschow jetzt für den Bruch mit China verantwortlich gemacht, der die internationale Stellung der SU schwächte. Schließlich zeigte auch der sowjet. Wirtschaftsaufschwung Anzeichen des Erlahmens. Die Wachstumsraten gingen auf 5.2% zurück, und der Lebensstandard der Bevölkerung stagnierte. Im Oktober 1964 wurde Chruschtschow deshalb in einer Palastrevolte von einer Koalition aus Hardlinern und Reformern gestürzt und auf seine Datscha in Pension geschickt.

Die Macht ging an ein Triumvirat, das die interne Koalition repräsentierte:

- Parteichef: der bullige, lebensfrohe Leonid Breschnew. Er war ein Machtmensch aus dem Parteiapparat mit Vorliebe für Jagd und schnelle Autos. Polit. skrupellos, aber unter Alkoholeinfluß mit Neigung zur Rührseligkeit. Er wurde zum Repräsentanten des militär-industriellen Machtapparats und einer Ära des relativen Wohllbens auf Pump, der Machtprotzerei und der Korruption.
- Ministerpräsident Alexej Kossygin: Technokrat und harter Arbeiter aus Leningrad. Hochqualifizierter Wirtschaftsfachmann. Trotz bärbeißigen Aussehens und nahezu preußischer Korrektheit aufgeschlossen für die feinen Dinge des Lebens, bis hin zu Miles Davis' "Cool Jazz". Er repräsentierte die aufgeklärten, reformwilligen Technokraten.
- Staatspräsident Nikolei Podgorny: klassischer Parteibürokrat der alten

Schule, ideologischer und machtpolit. Hardliner in stalinist. Tradition. Konservativ bis auf die Knochen hielt er an den alten Idealen der Oktoberrevolution im stalinist. Verständnis fest. Er repräsentierte den immer noch mächtigen Parteiapparat.

Hinzu kam als Leiter der Außenpolitik mit wachsendem Einfluß Andrej Gromyko, "Mr. Njet". Verbissen, eisenhart und auf Machtpolitik fixiert, repräsentierte er das diplomat. Establishment.

Es war Kossygins erklärtes Ziel, der sowjet. Wirtschaft neue Wachstumsimpulse zu verleihen. V.a. die stagnierende Landwirtschaft, die zwar Anfang der 60er Jahre neue Ernterekorde erzielt hatte, doch dies nur auf der Grundlage erweiterter Anbauflächen in Kasachstan und Usbekistan, sollte verbessert werden. Die kollektivisierte Landwirtschaft erzielte trotz verstärkten Maschineneinsatzes kaum Produktivitätssteigerungen, da zu eigentumslosen Landarbeitern herabgestufte Kollektivbauern keinen Anreiz zur Leistungssteigerung besaßen. Deshalb mußte zunehmend Getreide aus USA und Kanada importiert werden. Hier wollte Kossygin ansetzen. In Landwirtschaft, Handel und industrieller Produktion sollte Eigenverantwortung gestärkt werden, durch Anreize für die Privatinitiative. Bei der Erläuterung des neuen 5-Jahresplans auf dem 23. Parteikongress im Frühjahr 1966 nannte er dies "verstärkte Anreize zur materiellen Interessiertheit". So sollten Kollektivbauern in begrenztem Maße Land zu eigener Bewirtschaftung erhalten.

Dies stellte natürlich einen Anschlag auf Grundprinzipien der stalinist. Kommandowirtschaft und Glaubenssätze des Marxismus-Leninismus dar, wurde hier doch einer quasi-kapitalist. bürgerlichen Verhaltensweise das Wort geredet. Andererseits schlug Kossygin durch vorsichtige Reformen eine Aufweichung des verknöcherten und unflexiblen Bürokratismus vor, der die sowjet. Wirtschaft zu ersticken drohte. Die geplanten Reformen stellten eine Chance für die SU dar - doch daraus wurde nichts.

Von der Spitze bis zur Basis wehrten sich starke Kräfte im Apparat gegen jede Veränderung und legten den Reformen Steine in den Weg. So wurde aus den Ankündigungen ein Reförmchen. Hier deutete sich an, was in den 80er Jahren zur Gewißheit wurde: die poststalinist. SU war unreformierbar.

Mindestens so schlimm war jedoch die Tatsache, daß der milit.-industrieller Komplex unter Führung Breschnews seine eigenen Ansprüche rücksichtslos durchsetzte und dabei entscheidende Ressourcen unproduktiv verschwendete. Diese Kreise hatten aus Kuba-Krise "gelernt", daß SU milit. Parität mit USA benötige, um nicht mehr erpreßbar zu sein. Von 1964 an stiegen die jährlichen Verteidigungsausgaben um 4-5%! Da dieser Prozeß der Hyperrüstung 20 Jahre lang anhielt, steuerte SU damit langfristig auf

Bankrott zu.

Rein milit. blieb der Erfolg jedoch nicht aus. Von 1964 bis 1970 stieg Zahl der A-Waffenträgersysteme von 425 auf 1.835. Die USA stagnierten im gleichen Zeitraum bei etwas mehr als 2.000. Nur bei nuklearen Sprengköpfen behielten USA die doppelte Überlegenheit. Die hohe Zahl der N-Sprengköpfe war auch ein Ergebnis technolog. Neuerungen: Vermirvung = Mehrfachsprengköpfe. SU holte dies nach, allerdings auch den damit verbundenen Kostensprung. Gesamtstrategisch erzielte SU bis 1970 in etwa Parität in Overkill-Kapazität, zumal ein gewaltiger Ausbau der Flotte (v.a. U-Boote) damit verbunden war. Doch ökonomisch war dies reine Verschwendung. Kein Wunder daher, daß Kossygin bis Anfang der 70er Jahre immer mehr an Einfluß verlor und Breshnew zum starken Mann aufstieg. Der milit.-industrielle Komplex hatte mit Hilfe von Podgornys Apparatschiks über die Wirtschaftsreformer gesiegt.

Aus der Sicht der USA stellte die Erreichung strateg. Parität eine Enttäuschung dar. Noch 1965 verkündete Verteidigungsminister Robert McNamara, daß die USA einen uneinholbaren quantitativen Rüstungsvorsprung vor der SU besäßen. Manche US-Politiker waren sich dieser Tatsache so sicher, daß sie nach dem relativen Erfolg von Kuba nun glaubten, die SU durch eine Politik der Stärke an die Wand drücken zu können. Der Rep. Präsidentschaftskandidat von 1964, Barry Goldwater, zählte dabei zu den besonderen Scharfmachern. Sein Wahlspruch in Bezug auf A-Waffen war: "I want to lob a big one into the men's room at the Kremlin and make sure I hit it". Doch derartige Leichtfertigkeiten im Umgang mit der nuklearen Bedrohung erwiesen sich als wenig populär: Lyndon B. Johnson, Kennedys Nachfolger, errang einen triumphalen Wahlsieg. Der Verlust der strategischen Überlegenheit Ende der 60er Jahre erwies sich aber als schmerzhaft und hatte langfristig erhebliche polit. Folgen. Immerhin: einstweilen wirkte sich das Gleichgewicht des Schreckens stabilisierend aus.

Dies galt v.a. für Europa. Nach dem Bau der Berliner Mauer waren die Grenzen zwischen den Blöcken hermetisch verschlossen worden. Dadurch entstand eine Beruhigung der Lage - Einfrieren des Status quo. An dt-dter Grenze wurde immer wieder auf Flüchtlinge geschossen, was menschliche Tragödien und ein wiederholtes Aufflammen des Propagandakrieges zur Folge hatte. Gelegentlich verschärften sich auch die Spannungen: so 1965 in Berlin, als Bonn die Anbindung Westberlins durch eine demonstrative Sitzung des Bundestages im Westteil festigen wollte. Reaktion der SU: Tiefflüge mit Überschallgeschwindigkeit über der Stadt. Erst der Absturz eines Jets in den Stölpchensee beendete diesen Terror. Aber es gab keine ernsthaften Krisen mehr. Stattdessen wurde an der Milderung der Teilungsfolgenreparatur gearbeitet, etwas durch die Passierscheinregelungen für Westberliner ab 1963, die nun

Verwandtenbesuche in DDR möglich.

Im Westen herrschte weiterhin ein rasantes Wachstum von Wohlstand und Wirtschaftskraft. 1966 überholte BRD USA als führende Welthandelsnation. Politisch standen Veränderungen an: 1963 Adenauer (87) trat endlich ab. Ludwig Erhard Nachfolger als Chef einer wackligen Koalition mit FDP. In GB 1964 kam Labour unter PM Harold Wilson endlich wieder an der Macht. Eine Politik der begrenzten Reformen und der Sanierung begann.

In F seit 1958 5. Republik unter autoritärer Führung Charles de Gaulles. Krisen der 50er Jahre wurden überwunden, Wirtschaft wuchs schneller. Seit 1960 Aufbau einer eigenständigen franz. Atomstreitmacht ("Force de Frappe"). 1963 dt-franz. Freundschaftsvertrag als Kern der EWG.

Aufschwung und Stabilisierung in Westeuropa ganz im Interesse der USA. Starke Partner und gute Märkte willkommen. US-Investitionen strömten nach Europa: 1950-1970 \$ 2 Miar nach GB, \$ 3 Miar nach BRD. Verzahnung der Weltwirtschaft. Doch in Europa häufig als Überfremdung und wachsende Abhängigkeit von USA empfunden. Harold Wilson (Straßburg, 1967) gab öffentlich Befürchtungen Ausdruck, daß Europa zum wirtschaftlichen Heloten der USA werden könne: einfache Produkte aus Europa, teure komplizierte Produkte aus USA. In F regelrechte Abschottungspolitik gegenüber USA: Bekämpfung der amerikanischen Sprache, Verbot von Coca Cola. Zwiespältige Haltung in BRD. Tatsächlich nutzen USA gelegentlich Abhängigkeit der Europäer, um eigene Vorstellungen durchzusetzen. 1964: USA verboten BRD regelrecht Röhrengeschäft mit SU und Stahlgeschäft mit China. Dies führte zu Spannungen und 1967 zum Austritt Fs aus milit. Organisation der NATO. Doch der Zusammenhalt des Bündnisses war nicht ernsthaft gefährdet.

Im Ostblock herrschte von 1961 bis 1967 trügerische Ruhe. Die DDR erreichte nach dem Mauerbau wirtschaftl. Stabilisierung und v.a. ab 1963 (Neues ökon. System) einen gewissen Aufschwung. Trotz des Bonner Alleinvertretungsanspruchs (Hallstein-Doktrin) erreichte DDR allmählich auch außerhalb des Ostblocks internationale Anerkennung. Höhepunkt: 1965 Ägyptenreise des Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht. Auch in den anderen Ländern außer begrenzten wirtschaftl. Fortschritten kaum Veränderungen. SU hätte mit Entwicklung des Weltkommunismus zufrieden sein können.

Dem stand jedoch Entwicklung in Ostasien entgegen. Grund: Bruch mit China. China hatte große Mühe, sich wirtschaftlich von Krieg und Bürgerkrieg zu erholen. Das Land war immer noch eine rückständige Agrargesellschaft und der Rauswurf der westl. "Imperialisten" sorgte für Kapitalknappheit und Mangel an know how. Zwar gelang es der KP, ihre Herrschaft bürokratisch zu

festigen, den Koreakrieg mit Erfolg zu überstehen und bis zum Frühjahr 1953 eine Agrarreform zugunsten der Kleinbauern durchzuführen. Doch die Industrieproduktion wuchs zu langsam, und die landwirtschaftl. Produktion stagnierte. China lehnte sich deshalb an die SU an und imitierte das stalinist. Modell von gewaltsamer Industrialisierung und Kollektivisierung. Bis 1956 wurde die gesamte Landwirtschaft in Kollektive überführt. SU leistete Wirtschaftshilfe, doch die Hälfte aller Lieferungen waren milit. Unterstützung für Koreakrieg. Obendrein verlangte SU Bezahlung in kurzfristigen Krediten. Überdies geriet China so in wirtschaftl. Abhängigkeit, da sowjet. know how in Industrie entscheidend war.

Noch 1960 stammten 60% der Guseisen- und 40% der Stahlproduktion, 90% aller Traktoren und 25% der E-Energie aus von SU geschaffenen Betrieben. Chines. Führung aber war gegenüber SU wegen ihrer früheren lauen Politik gegenüber Komm. in China mißtrauisch. Im Mai 1957 verkündete Li Fu-Chun, der Vorsitzende der staatl. Planungskommission daher öffentlich: "China muß sich soviel wie möglich auf eigene Kraft stützen". Die Politik der Eigenständigkeit war geboren.

Moskaus Politik der Entstalinisierung bot einen vorzüglichen Vorwand zu Distanzierung. Damit war schließlich auch das autokrat. Regime Maos desavouiert. Chines. Führung begann somit, Genossen in Moskau als Revisionisten zu beschimpfen, zumal diese ab 1958 vorübergehend Ausgleich mit USA suchten. Nach innen setzte Mao eine Radikalisierung des Modernisierungskurses durch. Die 700.000 Kolchose wurden in 26.000 "Volkskommunen" à 20.000 Bauern zusammengefaßt. Gleichzeitig wurde der "Große Sprung nach vorn" propagiert, der China zur Industrienation machen sollte. Da Industrieanlagen und know how ebenso fehlten wie Kapital, verlangte Mao von Familien in kleinen Öfen Stahl zu kochen. Das Ergebnis war ein Desaster. Erneute Hungersnöte und wirtschaftl. Stagnation folgten. Die Hungersnot von 1959-62 soll 15-25 Mio Tote gefordert haben. Gleichzeitig erreichten Spannungen mit SU neuen Höhepunkt. 1960 erklärte Chruschtschow den offenen Bruch und zog alle Berater aus China ab, was zu weiterem wirtschaftl. Einbruch führte. In den folgenden Jahren wurde aus der früheren Allianz eine offene Feindschaft.

Die Einheit des „sozialist. Lagers“ war endgültig zerbrochen - mit enormen Folgen für das weltpolit. Gefüge. Die sich nun dauernd verschärfenden sowjet.-chines. Spannungen wurden ein zentrales Element in der Weltpolitik der 60er Jahre. Dabei gelang es den Chinesen, trotz internationaler Isolation, einen Großmachtpotential aufzubauen.

16. Okt. 1964: erster A-Bombentest. 1967 H-Bombe. SU sah sich durch unberechenbare chines. Führung direkt bedroht. Angesichts von Maos

bekannt menschenverachtender Einstellung gegenüber A-Krieg war dies nicht unverständlich. Mao hielt Nuklearmächte für "Papiertiger" und A-Krieg aus chines. Sicht für gewinnbar. So erklärte er Ende der 50er Jahre auf einem Treffen der kommunist. Parteien im Kreml gegenüber dem ital. Kommunisten Togliatti, der seiner Sorge um die Zukunft Italiens in einem A-Krieg Ausdruck verliehen hatte: "Wer sagt Dir, daß Italien überleben muß? 300 Mio Chinesen werden übrig bleiben, und das reicht für die Fortexistenz der menschlichen Rasse."

Solche Sprüche hatten zur Isolation Chinas in der kommunist. Welt beigetragen - außer Albanien hielten alle KPs zu Moskau. SU vollzog nun auch milit. Aufmarsch an chines. Grenzen, v.a. angesichts nuklearer Bedrohung durch Peking. Bis Ende der 60er Jahre standen dort 25 voll ausgerüstete Divisionen, 1.200 Kampfflugzeuge und 120 Mittelstreckenraketen.

Innenpolit. unternahm Mao 1966 eine weitere seiner Verrücktheiten. Um der angeblichen Bürokratisierung von Partei und Staat entgegenzuwirken, rief er die „Große Proletarische Kulturrevolution“ aus. Tausende von Fachleuten, Funktionären, Intellektuellen usw. wurden von aufgehetzten jugendlichen Massen "zur Verantwortung gezogen" und häufig umgebracht. Mindestens 400.000 Menschen kamen so ums Leben. Dieses chaotische Schauspiel erregte bei den ordnungsbesessenen Genossen in Moskau nur Abscheu und galt als neuerlicher Beweis für Maos Unberechenbarkeit.

Damit nicht genug. Im März 1969 ging die chines. Führung soweit, im umstrittenen Grenzgebiet am Ussuri einen direkten Konflikt mit der Roten Armee zu provozieren. Nach anfänglichen Erfolgen, mußten die Chinesen dabei herbe Verluste hinnehmen. Moskaus Geduldfaden drohte nun zu reißen. Mehrere Quellen deuten darauf hin, daß die sowjet. Führung im Sommer 1969 allen Ernstes einen Atomschlag gegen China in Erwägung zog, um v.a. das noch im Entstehen befindliche nukleare Potential des Rivalen zu vernichten. Henry Kissinger berichtete sogar davon, daß sowjet. Unterhändler unter der Hand in Washington anfragten, wie sich die USA zu einem solchen Atomschlag stellen würden. Unterstaatssekretär Elliot Richardson erklärte daraufhin öffentlich, daß die USA sehr besorgt seien.

Zur nuklearen Katastrophe kam es auch diesmal nicht. Aber die sowjet. Drohungen zeigten, wie ernst die Lage geworden war. Die nukleare Drohung war also immer noch eine Option, wenn auch nicht mehr nur direkt zwischen den Supermächten.

2. Die Dritte Welt als Schlachtfeld und die Krise der Blöcke

Nachdem die Supermächte in ihren direkten Beziehungen einen unbequemen modus vivendi gefunden hatten, in Europa eisige Ruhe herrschte und das sozialist. Lager durch die sowjet-chines. Spannungen gespalten worden war, verlagerten sich die offenen Ost-West-Spannungen im Verlauf der 60er Jahre in die sogenannte Dritte Welt. Hier bot sich ein Aktionsfeld, auf dem die Supermächte relativ gefahrlos ihre Positionskämpfe austragen konnten, um sich Vorteile zu verschaffen. Lokale und regionale Konflikte ließen sich wunderbar dafür ausnutzen. Stellvertreterkriege und direkte Interventionen sorgten dabei für die Vernetzung dieser Konflikte mit der globalen Ost-West-Auseinandersetzung, was den KK zu einem wirklichen Weltkrieg, wenn auch im Zeitlupentempo, machte.

Typisch hierfür war die Rolle der Supermächte im Nahen Osten, wo ein Konflikt tobte, der mit dem KK unmittelbar wenig zu tun hatte. Die SU stand seit der Suez-Krise Ägypten nahe, während die USA, auch aus innenpolit. Gründen, in Israel einen wichtigen Verbündeten sahen. Als im Juni 1967 der Sechs-Tage-Krieg ausbrach, unterstützten die USA denn auch Israel, während die SU sich demonstrativ auf die Seite der arabischen Sache stellte. Der unmittelbare Ausgang dieses Krieges, der die israelischen Armeen auf die Golanhöhen, auf die Westbank und bis an den Suezkanal vorstoßen sah, stellte einen Sieg für die Interessen der USA dar. Doch fortan war die SU der mächtigste Partner vieler arabischer Staaten, v.a. Syriens. Die SU hatte sich im NO etabliert.

Eine entscheidende Voraussetzung für den KK in Asien und Afrika stellte die Tatsache dar, daß dort nach dem 2. WK und v.a. seit Ende der 50er Jahre die alten europäischen Kolonialregimes zusammenbrachen. Mit der Unabhängigkeit der Staaten auf dem indischen Subkontinent (1947) hatte ein Prozeß begonnen, der sich nach der Suezkrise (1956) rasant beschleunigte. Mitte der 60er Jahre waren fast ganz Afrika und Asien (außer SU) von der europäischen Kolonialherrschaft befreit. Angesteckt vom Erfolg dieser Befreiungsbewegungen regten sich auch in Lateinamerika Kräfte, die Widerstand gegen den informellen US-Imperialismus leisteten. Kuba (1959) war hier ein Fanal. Die Frage war nun, welche Zukunft die neuen Staaten haben sollten. Wo sollten sie im Ost-West-Konflikt stehen?

Ein wichtiger Versuch zur Beantwortung dieser Fragen war die 1955 im indonesischen Bandung abgehaltene Konferenz von 29 afrikanischen und asiatischen Staaten. Hier wurde die Bewegung der "Blockfreien Staaten" geboren. Wichtige Mitglieder waren Indien, Ägypten, Jugoslawien, aber auch China und zunächst sogar Japan. Die dort von Chinas PM Tschou en Lai formulierten und verabschiedeten 5 Punkte beinhalteten u.a. die

gegenseitige Respektierung der nationalen Souveränität und die Erwartung von uneigennütziger Wirtschaftshilfe durch die reichen Nationen. Mit der Achtung der Souveränität war es nicht so weit her, wie fünf Jahre später der Krieg zwischen Indien und China zeigte. Aber das Prinzip der uneigennützigen Wirtschaftshilfe war für den Westen ein Problem. Die dortigen Kapitalisten erwarteten Profite für ihre Investitionen und selbst staatl. Wirtschaftshilfe war zumeist an entsprechende Auflagen gebunden. Demgegenüber konnten die SU und auch China vollmundig nicht nur Wirtschaftshilfe versprechen, sondern auch liefern, ohne direkte Gegenleistungen zu verlangen. Der Westen geriet somit gegenüber der 3. Welt in arge Bedrängnis.

Tatsächlich spendete die SU fortan Miar an Wirtschaftshilfe, etwa für Länder wie Indien und Ägypten (Assuan-Staudamm). Dabei akzeptierte Moskau durchaus, daß seine neuen Freunde keineswegs den sozialistischen Weg gingen, sondern die traditionellen KPs sogar unterdrückten. Demgegenüber tat sich der Westen lange schwer. Kennedy stellte zwar gleich zu Beginn seiner Amtszeit \$ 2,65 Miar an Entwicklungshilfe bereit, plus \$ 1,9 Miar an milit. Hilfe. Doch dieses Geld ging nur an erklärte „Freunde der Freiheit“, also der USA. Viel Terrain ging dabei verloren.

Auf der anderen Seite zögerten die USA nicht, vermeintliche oder tatsächliche kommunist. Machenschaften in der 3. Welt mit Gewalt zu beantworten. Während die SU sich auffällig bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen zurückhielt, griffen die USA direkt und indirekt ein. In Bolivien und anderen lateinamerikanischen Staaten wurde die kubanische Infiltration durch US-Militärhilfe recht erfolgreich bekämpft. Aber der Märtyrer Che Guevara wurde dadurch zum Helden der internationalen Linken. Im April 1965 intervenierten die USA sogar direkt, um einen angeblichen kommunist. Putsch in der Dominikanischen Republik zu unterdrücken. 28.000 Soldaten landeten dort, um nicht vorhandene kubanische Insurgenten zu bekämpfen. Das war peinlich, aber weitgehend folgenlos.

Ganz anders sah es in Vietnam aus. Die Teilung des Landes nach dem Abzug der Franzosen hatte dort keinen Frieden gebracht. Im Gegenteil: im angeblich pro-westlichen Südvietnam fand ein brutaler Guerillakrieg statt. Anfang der 60er Jahre hatten die USA dort 16.000 „Militärberater“ stationiert, um den Vormarsch der kommunist. Vietkong zu stoppen. Doch der korrupte Diktator Diem erwies sich als schlechter Bündnispartner. Kennedy autorisierte deshalb einen Militärputsch südvietnamesischer Offiziere, in dessen Verlauf Diem ermordet wurde. Diese brutale Dummheit erwies sich als katastrophale Fehlentscheidung, denn die USA wurden nun vor die Wahl gestellt, das schwache Militärregime massiv milit. zu unterstützen oder einen Sieg der Kommunisten zuzulassen, was nach der alten Dominotheorie einen entscheidenden Schritt auf dem Weg des Verlustes ganz Südostasiens

bedeuten konnte.

Im August 1963 besuchte Außenminister Dean Rusk Chruschtschow auf seiner Datscha am Schwarzen Meer. Bezüglich Vietnams gab der Kremlchef den Amerikanern einen gut gemeinten Rat: "Wenn Ihr wollt, geht doch und kämpft im vietnamesischen Dschungel. Die Franzosen haben dort sieben Jahre lang gekämpft und mußten dennoch am Schluß abziehen. Vielleicht werden die Amerikaner dort länger aushalten, aber am Ende werden sie ebenfalls gehen müssen."

Aber das polit. Establishment in Washington verstand die Warnung nicht. Die strammen Antikommunisten in CIA, Pentagon und State Department konnten nicht zwischen Vietkong, Nordvietnam, China und der SU unterscheiden. Für sie waren alle gleich und Teil einer kommunist. Weltverschwörung. Daß Ho Chi Minh einen eigenständigen Kurs verfolgte und gleichzeitig die Vietkong nicht völlig unter Kontrolle hatte, wurde ebensowenig rezipiert wie der Bruch zwischen China und der SU. Auch die auffällige Zurückhaltung der SU und v.a. Chinas bei der Unterstützung Nordvietnams erschien den Planern in Washington nur als besonders hinterhältiger kommun. Trick. So verschärfte die neue Johnson-Administration mit Unterstützung des Congress ihr Engagement. Die Zahl der Militärberater in Südvietnam wurde auf 25.000 erhöht.

In Vietnam selber führten die US-Militärs derweil ihren eigenen Krieg. Ihr Interesse lag in einer Ausweitung des Konflikts, um einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Dazu brauchte man die Unterstützung einer aufgeregten amerik. Öffentlichkeit. Im August 1964 wurde deshalb ein Seegefecht im Golf von Tonking inszeniert. Präsident Lyndon B. Johnson reagierte, wie es die Militärs wünschten: Nordvietnam wurde bombardiert. Der Krieg war damit ausgeweitet worden. Bis Februar 1966 wurden die "Militärberater" auf 184.000 Mann verstärkt, während die US-Luftwaffe in ganz Vietnam direkt eingriff. In dieser Situation gelang es dem US-Oberkommandierenden in Vietnam, General William Westmoreland, Johnson zu überzeugen, den ganzen Weg zu gehen. Johnson bewilligte weitere Verstärkungen bis auf 429.000 Mann. Die USA befanden sich nun voll im Krieg. Johnson wünschte Westmoreland "happy hunting" und beauftragte ihn: "nail the coonskin to the wall".

Aber der Krieg brachte keine durchschlagenden Erfolge, auch wenn die Air Force mehr Bomben abwarf als im ganzen 2.WK. Es stellte sich nun heraus, daß die gewaltige milit. Macht der USA nicht geeignet war, mit den Guerillas des nordvietnamesischen General Giap fertig zu werden. Der "Low Intensity Warfare" kleiner Einheiten in einem geographisch und politisch günstigen Umfeld war die geeignete Waffe kleiner Mächte, um sich einer gigantischen

Supermacht zu erwehren.

Im Januar 1968 gingen die Vietkong schließlich zur "Tet-Offensive" über, die sie bis auf das Gelände der US-Botschaft in Saigon vordringen ließ. Diese Offensive war eine Selbstmordoperation und kostete die Vietkong 80.000 Tote. Aus der Sicht Nordvietnams war damit ein unbequemer Partner ausgeschaltet. Noch wichtiger aber war, daß die USA vor den Fernsehkameras der Welt gedemütigt worden waren. Da überdies dieser Krieg äußerst schmutzig war und die GIs von Reportern furchtbarer Kriegsverbrechen wie dem Massaker von Mi Lai überführt wurden, verlor die amerik. Administration die Propagandaschlacht.

Weltweite Proteste, gerade in den mit den USA verbündeten Ländern, waren die Folge. In Japan demonstrierten zehntausende Studierende z.T. gewaltsam gegen den Mißbrauch amerikan. Basen auf den japan. Inseln (v.a. Okinawa) für den Krieg in Vietnam. Auch in Paris, London und vielen italienischen Städten kam es zu Massenkundgebungen. Selbst in West-Berlin, dem Vorposten des KK und Hort proamerikanischer Gefühle zogen Tausende durch die Straßen und riefen "Ho-Ho Ho Chi Minh". Am stärksten war jedoch der Widerstand in den USA selbst. Dort kamen zwei Bewegungen zusammen: die Antivietnamkriegs-Bewegung und die Bürgerrechtsbewegung. Die Tatsache, daß Hunderttausende amerik. Soldaten in Vietnam einen schmutzigen und aussichtslosen Krieg zur Verteidigung eines ausgesprochen unappetitlichen Regimes gegen das eigene Volk führten, war schlimm genug. Doch diese GIs waren ganz normale US-Boys, die auf Grund der allg. Wehrpflicht aus allen Bevölkerungsschichten kamen. Fast jede Familie war deshalb betroffen.

Auf der anderen Seite stand die schwarze Bürgerrechtsbewegung, die für die Anerkennung gleicher Rechte in den Südstaaten kämpfte und auch auf die Verhältnisse in den Slums des Nordens aufmerksam machte. Als dann auch noch Martin Luther King in Memphis, Tennessee (womöglich von FBI-Leuten) ermordet wurde, fragten sich immer mehr Amerikaner, was das eigentlich für ein Land sei, das nach außen im Namen der Freiheit einen schmutzigen Krieg im Bündnis mit einer Militärdiktatur führte, nach innen aber einem Großteil der Bevölkerung die demokratischen Rechte versagte und geradezu von offenem Rassismus gekennzeichnet war. Die USA gerieten dadurch in eine traumatische Seinskrise.

Lyndon B. Johnson zog aus dem Scheitern seiner Politik die Konsequenzen und trat 1968 nicht mehr als Präsidentschaftskandidat der Demokraten an. Dies war eine persönliche Tragödie, denn es war gerade Johnson, der nach innen am meisten für die Durchsetzung der Bürgerrechte getan hatte und wie kaum ein Präsident vor ihm für eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung

eingetreten war. Doch sein blinder Antikommunismus nach außen und sein völliges Unverständnis für die Belange der Dritten Welt standen ihm im Wege. Typisch für seine Einstellung war folgende Äußerung: "There are 3 billion people in this world who want to have what we've got. But they won't get it!" Sein Konzept der Reformen nach innen und Härte nach außen erwies sich im Zeitalter zunehmender globaler Vernetzung als anachronistisch.

Doch nicht nur die USA, sondern der ganze Westen geriet in dieser Phase in eine schwere innere Krise. Überall war die Nachkriegsgeneration der "baby boomers" in Massen in die Universitäten geströmt. Der Zugang zum Studium war nicht mehr nur das Privileg einer eng begrenzten Elite. Doch in den meisten Ländern stießen die Abkömmlinge aufsteigender sozialer Schichten auf verkrustete autoritäre Strukturen, schlechte Studienbedingungen und unbefriedigende Berufsaussichten. Jetzt rächte sich auch die restaurative Innenpolitik unter den Vorzeichen des KK. In den USA wehrten sich die jungen Menschen gegen Rassismus, fanatischen Antikommunismus und rücksichtslosen Kapitalismus. In Frankreich wehrten sich Arbeiter und Studenten gegen das autoritäre Regime De Gaulles. In der BRD wehrten sich die Studierenden gegen das verkrustete Erbe der Adenauerjahre und die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit. In Italien wehrten sich die jungen Menschen gegen das korrupte Selbstbedienungsregime der Democrazia Christiana. In Mexiko City wehrten sich Tausende gegen die autoritäre Einparteiherrschaft der "Partei der institutionalisierten Revolution", deren Namen bereits alles sagte. Und in Japan ging es wie in Westdtland um die Aufarbeitung der verbrecherischen Vergangenheit, sowie die lakaienhafte Haltung der polit. Führung gegenüber den USA. Es war eine wahrhaft weltweite Revolte, die politisch logischer Weise links stand. Marx, Engels, Lenin und Herbert Marcuse wurden wiederentdeckt. Che Guevara, Ho Chi Minh und sogar Mao wurden häufig mißverständene Helden einer globalen Bewegung, deren Gemeinsamkeit in einer anti-autoritären Haltung bestand. Doch wirkliche Kohärenz besaß diese Bewegung nicht, weshalb sie auch schon bald abbröckelte. Der Kapitalismus überlebte auch diese Krise.

Dabei half ihm auch sein Widerpart, der orthodoxe Kommunismus. In Moskau mochte man sich über die Seinskrise des Westens freuen. Doch man hatte selbst genug Probleme. Der Konflikt mit China war längst nicht alles. Anfang 1968 war in Prag der Reformler Alexander Dubcek zum neuen Generalsekretär der KPC gewählt worden. Er und seine Partner versuchten nun, mit der versteinerten Korruptionswirtschaft der Altstalinisten aufzuräumen. "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" war ihr Programm. Konkret bedeutete dies mehr Marktwirtschaft, Eigeninitiative, Demokratie auf allen Ebenen, Meinungsfreiheit, ja sogar die Zulassung eines Mehrparteiensystems. All dies waren gemäßigte Reformansätze, die dem Kommunismus eine neue Zukunftschance eröffnen sollten und im Grunde nur den Weg weitergingen,

den in Moskau Kossygin eingeschlagen hatte. Doch für die Hardliner in Moskau und Ostberlin stellten Dubceks Reformen eine gefährliche Abweichung dar, die die Herrschaft der Apparate bedrohte. Der "Prager Frühling", die osteuropäische Variante des anti-autoritären Widerstandes gegen die verkrusteten Gesellschaftsordnungen des KK, war für die Betonköpfe nicht akzeptabel. Anfang August fand in Moskau die entscheidende Politbürositzung statt. Podgorny propagierte entschieden die Notwendigkeit einer Intervention. Kossygin sprach dagegen. Breschnev zögerte, aber entschied sich schließlich für Podgornys Linie, nachdem auch Gromyko ein Durchgreifen befürwortete. Gerechtfertigt wurde diese Entscheidung mit der sogenannten Breschnew-Doktrin, derzufolge die Länder des sozialist. Lagers nur über eine begrenzte Souveränität verfügten und die "Bruderländer" jederzeit zur Aufrechterhaltung der sozialist. Ordnung eingreifen konnten.

In der Nacht vom 21. auf den 22. August marschierten Truppen aller Warschauer-Pakt-Staaten (außer Rumänien und der DDR) in die CSSR ein. Der Traum vom menschlichen Sozialismus war ausgeträumt. Gegen den passiven Widerstand der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit wurden die Uhren gewaltsam zurückgedreht und Dubcek nach einer halbjährigen Schamfrist gestürzt.

In den Augen der westl. Propaganda hatte die SU erneut ihr wahres Gesicht gezeigt. Die linken Protestbewegungen im Westen verloren mächtig an Auftrieb. Auch in Osteuropa und sogar in der SU selbst verlor der orthodoxe Kommunismus jegliche Glaubwürdigkeit. In Moskau war der junge Student Michail Gorbatschow von der eigenen Führung angewidert und träumte von grossen Reformen. Das sollte noch Folgen haben. Doch einstweilen waren die Machtverhältnisse wiederhergestellt, und die Blöcke hatten sich trotz ihrer inneren Krisen konsolidiert. Eine neue Phase des KK konnte jetzt beginnen.